VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft

Pressemitteilung

Stadtwerke im Austausch mit Grünen-Bundestagskandidat Konstantin von Notz

- **Stadtwerke kritisieren unrealistischen Zeitplan für die Energiewende**
- **Zweifel an der Umsetzung des Klimageldes**
- **Forderung nach besserem Schutz kritischer Infrastruktur**

Reinbek, 4. Februar 2025 / Mehr als 20 Geschäftsführer norddeutscher Stadtwerke diskutierten heute, am 4. Februar 2025, in Ahrensburg mit dem Bundestagsdirektkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen über das Regierungsprogramm der Partei "2025 - Gemeinsam wachsen" und die Energiepolitik im Norden. Eingeladen hatte der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW).

Im Mittelpunkt standen die Wärmeplanung der Kommunen, die Kosten und Fristen der Energiewende, die Finanzierung der Wärmenetze sowie die Notwendigkeit zur Sicherung kritischer Infrastrukturen in der Ostsee. Im Rahmen der Veranstaltung verteidigte von Notz die Klimaziele seiner Partei und betonte die Notwendigkeit ambitionierter Ziele, um die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Während einige Maßnahmen die Zustimmung der Stadtwerke fanden, stießen andere auf deutliche Kritik. Vor allem die Umsetzungsfristen der Energiewende wurden kontrovers diskutiert.

So sehen die Stadtwerke eine zunehmende Herausforderung darin, dass viele Kommunen noch strengere und frühere Fristen für die Umsetzung der Energiewende und den Ausbau klimaneutraler Wärmeversorgungssysteme setzen, die nur schwer zu realisieren sind. Dadurch entstünden hohe Kosten für die notwendige Infrastruktur, die letztlich von den Verbraucherinnen und Verbrauchern getragen werden müssten.

Darüber hinaus äußerten die Stadtwerkevertreter erhebliche Zweifel an der Umsetzbarkeit des von den Grünen geplanten Klimageldes zur Entlastung der Verbraucher. Sie kritisierten, dass die finanzielle Belastung durch die Energiewende für viele Haushalte bereits jetzt erheblich sei und eine direkte Auszahlung des Klimageldes bisher nur ein theoretisches Versprechen darstelle. Ähnliche Maßnahmen seien bereits in der Vergangenheit angekündigt, aber letztlich nicht umgesetzt worden.

Ein weiteres zentrales Thema war die Finanzierung von Wärmenetzen. Während von Notz Fördermaßnahmen und Bürgschaften als Lösung präsentierte, um den Ausbau wirtschaftlich tragfähig zu machen, wiesen die Stadtwerke darauf hin, dass private Investitionen nur fließen, wenn eine sichere Rendite gewährleistet ist. Ohne eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive blieben Investitionen aus, was die Umsetzung der Wärmewende gefährde.

Kontrovers wurde es auch in Bezug auf politischen Planungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Strom- und Wärmesperren: Die Stadtwerke machten dabei sehr deutlich, dass eine gesetzliche Lieferpflicht ohne finanzielle Absicherung wirtschaftlich nicht tragbar ist.

Ferner diskutierten die Teilnehmer die Elektromobilität und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Während von Notz eine striktere Regulierung der Ladepreise. versprach, um "überzogene Preise" an öffentlichen Ladesäulen zu verhindern, hinterfragten die Stadtwerke, nach welchen Kriterien zukünftig angemessene Preise zu definieren seien.

Ein weiterer Diskussionspunkt war der Schutz kritischer Infrastrukturen in der Ostsee. Die Stadtwerke zeigten sich besorgt über die zunehmende Gefahr von Sabotageakten. Sie forderten eine verstärkte Überwachung und schnellere Reaktionsmechanismen, um zukünftige Angriffe frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Insgesamt begrüßten die Stadtwerke den offenen Dialog mit der Politik, betonten aber die Notwendigkeit realistischer und wirtschaftlich tragfähiger Lösungen. Die Energiewende könne nur gelingen, wenn sie für die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleibe und für die Energieversorger umsetzbar sei. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Politik und kommunalen Energieversorgern sei unabdingbar, um eine praxisnahe Umsetzung der Energiewende zu gewährleisten.

Von Notz sicherte zu, die Anregungen der Stadtwerke in die weiteren politischen Beratungen einzubringen und ihre zentrale Rolle bei der Energiewende zu stärken.

Kontakt:
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VSHEW
Roman Kaak, Geschäftsführer
Tel.: (040) 727 373-92

VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft

Mobil: (0170) 288 945 8
E-Mail: kaak@vshew.de

Zum VSHEW: *Der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW) vertritt als Wirtschaftsverband die Interessen von rund 50 kommunalen Stadt- und Gemeindewerken sowie Versorgungsbetrieben mit einem Gesamtumsatz von zusammen über einer Milliarde Euro. Die VSHEW-Mitgliedsunternehmen versorgen knapp eine Millionen Schleswig-Holsteiner mit Strom, Gas, Wasser und Kommunikationstechnik und beschäftigen mehr als 2.500 Menschen.*